

Wien, am 27. Februar 2015

Nein zur Substanzbesteuerung heißt auch Nein zu Erbschafts- und Schenkungssteuer

Jede Form von Substanzbesteuerung trifft den Mittelstand, belastet heimische Unternehmen und kostet Arbeitsplätze – Sprecher Stummvoll: „Erbschafts- und Schenkungssteuer aus gutem Grund abgeschafft“

Wien (OTS) „Vermögenssteuern sind und bleiben die unintelligenteste Möglichkeit einer Gegenfinanzierung der Steuerreform“, hielt **Dr. Günter Stummvoll**, Sprecher der Steuer-Informationenkampagne des österreichischen Mittelstandes heute, Freitag, im Rahmen einer Pressekonferenz einmal mehr fest. „Grundsätzlich ist das scheinbare Abrücken der SPÖ von ‚klassischen Vermögenssubstanzsteuern‘ als ein erstes Zeichen der Vernunft durchaus zu begrüßen“, so Stummvoll, der jedoch hinzufügte: „Aber es stellt sich natürlich die Frage, was unter Substanzsteuer zu verstehen ist. Und da ist die Antwort völlig klar: Erbschafts- und Schenkungssteuern zielen ebenso direkt auf die Eigentumssubstanz des Mittelstandes und der heimischen Betriebe wie die klassischen Vermögenssteuern. Nein zur Substanzbesteuerung heißt daher auch Nein zu Erbschafts- und Schenkungssteuer!“ Diese Steuern seien aus gutem Grund abgeschafft worden.

Stummvoll: Anreize für Leistung, Eigentum setzen

„Eine Wiedereinführung wäre geradezu ein Anachronismus und würde hart erarbeitetes Eigentum, Betriebe und damit heimische Arbeitsplätze massiv gefährden“, so Stummvoll, denn: „Im letzten Jahr der Erbschaftssteuer, die mit August 2008 abgeschafft wurde, gab es 62.000 Fälle. Davon waren gezahlte 16 über einer Million Euro. Will man also ein signifikantes Volumen erzielen, dann müsste die Freibetragsgrenze entsprechend niedrig sein und es bliebe somit nur die Besteuerung des breiten Mittelstandes und der Klein- und Mittelbetriebe übrig.“ Betriebsübergaben in Zeiten konjunktureller Herausforderungen und steigender Arbeitslosigkeit zunehmend unleistbar zu machen, „wäre aber das genaue Gegenteil dessen, was es derzeit an Impulsen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung brauchen würde“, betonte Stummvoll. Gerade jetzt müsse man vielmehr verstärkt Anreize für Leistung, Eigentum und das Schaffen von Arbeitsplätzen setzen und dürfe diese nicht durch neue Belastungen konterkarieren. Daher: „Nein zur Substanzbesteuerung, denn sie vernichtet heimische Jobs.“

Hübner: Erbschafts- und Schenkungssteuer müsste breiten Mittelstand treffen

„Als Vertretung der österreichischen Steuerberater und Wirtschaftsprüfer halten wir die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für nicht sinnvoll“, bekräftigte **Mag. Klaus Hübner**, Präsident der Kammer der Wirtschaftstrehänder. Denn wenn eine Erbschafts- oder Schenkungssteuer dem Fiskus etwas bringen soll, müssten entweder die Steuersätze sehr hoch sein oder sie müsste breit angelegt werden, „also den Mittelstand treffen, der ja eigentlich entlastet werden soll“, so Hübner. Auch sei in der Praxis die Bewertung der zu besteuernenden Erbschaft oder Schenkung sehr schwierig und aufwändig, wenn überhaupt möglich. Für Immobilien bestehe das Problem der tatsächlichen Verkehrswerte. Bei Aktien stelle sich das Stichtagsproblem und die Bewertung von Schmuck, Oldtimern oder Kunst sei fast unmöglich. „Und beim betrieblichen Vermögen gefährdet die Erbschafts- oder Schenkungssteuer ganz klar den Fortbestand des Unternehmens und damit Arbeitsplätze“, so Hübner, der zusammenfassend feststellte: „All

diese Fakten lassen eine Substanzbesteuerung in Form von Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögensteuern in höchstem Maße unvernünftig erscheinen.“

Lehner: Erbschaftsteuer ungeeignet für Gegenfinanzierung einer Steuerreform

„Die Erbschaftsteuer eignet sich kaum zur – wenn auch nur teilweisen – Gegenfinanzierung von Entlastungen im Einkommen- bzw. Lohnsteuertarif“, betonte Wirtschaftsforscher, Steuer- und Budgetexperte **Hon.Prof. Dr. Gerhard Lehner**. Dies sei darin begründet, dass das Aufkommen erheblich von nicht beeinflussbaren und nicht vorhersehbaren Faktoren, wie etwa Todesfällen, abhängt. „Die Erbschaftsteuer kann bei Betriebsübernahmen außerdem zu erheblichen Finanzierungsproblemen der Erben führen und damit auch Arbeitsplätze gefährden“, wies Lehner auf die negativen Auswirkungen hin. Zudem erfordere eine solche Steuer einen hohen Verwaltungsaufwand, vor allem in der Bewertung von Liegenschaften. „Gerade auch dieser Punkt stellt ein großes Problem dar und lässt an der Sinnhaftigkeit einer Einführung zweifeln“, so Lehner abschließend.

Weitere Informationen finden Sie unter www.der-mittelstand.at

Rückfragehinweis:

Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, Sprecher der Steuer-Informationskampagne des österreichischen Mittelstands

E-Mail: stummvoll.quenter@aon.at;

Tel.: 0664-2416051